

# **Redebeitrag**

**des Parlamentarischen Staatssekretärs  
beim Bundesminister der Finanzen,  
Hartmut Koschyk MdB,**

**anlässlich  
der Aktuellen Stunde zur Finanzpolitik der  
Bundesregierung im Deutschen Bundestag**

**am 21. April 2010**

**Hartmut Koschyk**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die christlich-liberale Bundesregierung sieht es als Hauptziel ihrer finanzpolitischen Strategie an,

(Joachim Poß (SPD): Oh! Da geht einem ja ein Gruseln über den Rücken!)

die Wirtschafts- und Finanzkrise durch wachstumsfördernde Ausgestaltung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen schneller zu überwinden und so für einen selbsttragenden Aufschwung zu sorgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dabei muss eine wachstumsorientierte Steuerpolitik eine entscheidende Rolle spielen.

(Joachim Poß (SPD): Das ist das permanente Wort zum Sonntag!)

Denn sie stärkt durch zielgerichtete steuerliche Entlastungen die produktiven Kräfte in unserer Gesellschaft und eröffnet zusätzliche finanzielle Spielräume, damit die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft auch greifen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb setzt die Bundesregierung auf eine Doppelstrategie, die beides im Blick behält: die Stärkung der Wachstumskräfte durch steuerliche Entlastung ebenso wie eine klare regelgebundene Konsolidierungsstrategie, die das Vertrauen in eine langfristig tragfähige Haushaltsentwicklung erhöht.

Ich verstehe wirklich nicht - da kann ich Herrn Solms nur recht geben -, dass sich die SPD von ihrer eigenen Politik verabschiedet.

(Leo Dautzenberg (CDU/CSU): So ist das!)

Sie haben unter Herrn Beck und dem damaligen Finanzminister Steinbrück in der letzten Legislaturperiode ein SPD-Steuerkonzept entwickelt,

(Joachim Poß (SPD): Ein Steuer- und Abgabekonzept!)

in dem Sie das Problem der kalten Progression stark problematisiert und eine Abflachung gefordert haben.

(Nicolette Kressl (SPD): Aber die Welt hat sich inzwischen verändert!)

Sie haben gemeinsam mit uns in der Großen Koalition im Rahmen des Konjunkturpaketes II den Einstieg bei der kalten Progression vorgenommen

(Leo Dautzenberg (CDU/CSU): Richtig! - Joachim Poß (SPD):  
Ja! Das war 2006! Vollkommen richtig!)

und dies den Wählerinnen und Wählern in Ihrem Wahlprogramm versprochen.

(Joachim Poß (SPD): Das stimmt doch nicht! Das hat Ihr Kollege auch schon behauptet! Von kalter Progression steht da nichts! Es geht um eine Entlastung der kleinen Einkommen!)

Jetzt, wo Union und FDP dort, wo die Große Koalition angefangen hat, weitermachen und diese Maßnahme in die Tat umsetzen wollen, soll die notwendige Entlastung unterer und mittlerer Einkommen aber auf einmal nicht mehr gelten und nicht mehr finanzierbar sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Immer dann, wenn die Union in diesem Land regiert hat, waren Steuerentlastung, wachstumsorientierte Steuerpolitik und Konsolidierung miteinander vereinbar.

(Nicolette Kressl (SPD): Ihr Minister sagt aber etwas anderes! -  
Weiterer Zuruf von der SPD: Ich sage nur:  
Rekordverschuldung!)

Wir haben das von 1990 bis 1998 durch mutige Steuerreformen von Gerhard Stoltenberg und Theo Waigel praktiziert,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

und wir hätten ohne das von uns allen gewünschte Ereignis der nationalen Wiedervereinigung im Jahre 1990 einen ausgeglichenen Haushalt gehabt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Joachim Poß (SPD):  
Sagen Sie doch auch mal etwas zum „Waigel-Buckel“, den Sie  
1996 geschaffen haben!)

Auch Sie sollten ein Stück weit stolz darauf sein, dass wir die wachstumsorientierte Politik der Großen Koalition ab 2005 auch für Fortschritte bei der Konsolidierung genutzt haben. Ohne das Hereinbrechen der Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft wären wir in den Jahren 2011 und 2012 einem ausgeglichenen Haushalt sehr nahe gekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das zeigt doch, dass wachstumsorientierte Steuerpolitik und Haushaltskonsolidierung in Einklang zu bringen sind.

Selbstverständlich - da gibt es überhaupt keinen Widerspruch - werden wir alle weiteren Steuererleichterungen und Steuervereinfachungen, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben und umsetzen wollen, ganz gezielt auf ihre Auswirkungen im Hinblick auf die Finanzsituation der Kommunen überprüfen und damit in Einklang bringen. Wir sind doch diejenigen, die jetzt erstmals zielführend eine Gemeindefinanzreform angepackt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Lachen bei der SPD)

Sie haben immer nur davon geredet. Wir haben diese Kommission eingesetzt, und wir werden zeitnah Ergebnisse vorlegen.

(Nicolette Kressl (SPD): Glauben Sie das jetzt alles wirklich?)

Jetzt will ich Ihnen etwas zu der Geisterdebatte über Alternativmodelle zur Gewerbesteuer sagen, die Sie angestoßen haben. Wir haben im Rahmen dieser Gemeindefinanzreform zugesichert, alle Vorschläge ohne Tabus zu prüfen und zu rechnen. Die kommunalen Spitzenverbände haben zugesagt, ein Modell zur Revitalisierung der Gewerbesteuer vorzulegen; auch dieses Modell wird geprüft und gerechnet.

Ich will Sie aber darauf hinweisen, dass ein anderes Modell, das in dieser Kommission geprüft und gerechnet wird, nämlich der Ersatz der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer mit einem Hebesatzrecht bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer

(Nicolette Kressl (SPD): Ist noch nie gerechnet worden!)

- liebe Frau Kollegin Kressl, wenn Sie das *Handelsblatt* von gestern gelesen hätten, wüssten Sie das -, zurzeit in Baden-Württemberg mithilfe des Finanzministeriums gerechnet wird.

(Nicolette Kressl (SPD): Aber das ist doch schon gerechnet worden! - Joachim Poß (SPD): Ja! 20 Mal in den letzten 30 Jahren!)

Der Stadtkämmerer von Stuttgart hat laut *Handelsblatt* vom gestrigen Tage dargelegt, dass sich für eine Stadt, für eine Metropole wie Stuttgart die Alternative „höherer Anteil an der Umsatzsteuer und Hebesatzrecht bei der Körperschaftsteuer und der Einkommensteuer“ gerade in einer Krisensituation, in der die Konjunkturanfälligkeit der Gewerbesteuer in jedem kommunalen Haushalt deutlich wird, rechnen würde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Nicolette Kressl (SPD):  
Wer gibt denn dann etwas ab? - Dr. Barbara Hendricks (SPD):  
Und wer verzichtet dann auf Anteile?)

Deshalb rate ich Ihnen: Rüsten Sie ideologisch ab! Sorgen Sie endlich einmal dafür, dass wir die Schaffung verlässlicher Kommunalfinzen, aber auch die

Entlastung der Kommunen bei den Ausgaben durch Absenkung bundesgesetzlicher Standards in Angriff nehmen.

(Nicolette Kressl (SPD): Wer zahlt eigentlich die Umsatzsteuer?)

Das ist nämlich ebenfalls ein Hauptwunsch der Kommunen.

Wir werden sehr gespannt verfolgen können, ob Sie von der SPD es auch mittragen werden, wenn wir die Absenkung von bundesgesetzlich vorgegebenen Standards zur Entlastung der Kommunen bei den Ausgaben vornehmen werden, oder ob Sie dort immer nur den Mund spitzen und auch nicht richtig pfeifen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt will ich Ihnen noch etwas sagen, weil Sie schon wieder - verbunden mit einer namentlichen Abstimmung am morgigen Tag - den Popanz der Abschaffung der Steuerfreiheit für Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge aufbauen.

(Nicolette Kressl (SPD): Genau!)

Liebe Frau Kollegin Kressl, Sie müssten doch wissen, dass das diesbezügliche Gutachten unter sozialdemokratischer Leitung im Finanzministerium in Auftrag gegeben worden ist.

(Dr. Barbara Hendricks (SPD): Aber nicht von Sozialdemokraten umgesetzt worden, aus guten Gründen!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Der Zufall hat es gefügt, dass das Gutachten zwar 2007 unter Herrn Steinbrück in Auftrag gegeben worden ist, dass das Ergebnis aber erst quasi mit Ende des Wahlkampfs nach der Bundestagswahl bekannt geworden ist. Wir machen uns dieses Gutachten, das Sie in Auftrag gegen haben, inhaltlich nicht zu eigen.

(Leo Dautzenberg (CDU/CSU): So ist es!)

Bauen Sie deshalb hier keinen Popanz auf.

Wir werden als christlich-liberale Koalition beweisen, dass unser Weg richtig ist, der ja Früchte trägt und Deutschland wieder in eine Wachstumsphase bringt. Für dieses Jahr sind 1,4 Prozent und für das nächste Jahr 1,6 Prozent Wirtschaftswachstum prognostiziert - womit wir uns an der unteren Schwelle der Schätzungen bewegen. Das zeigt, dass auch noch das, was wir gemeinsam in der Großen Koalition beschlossen haben, vor allem aber das, was wir jetzt als Push für die Wirtschaft in der Krise durch die christlich-liberale Koalition eingebracht haben, seine Wirkung am Arbeitsmarkt entfaltet.

(Dr. Barbara Hendricks (SPD): Ach ja?)

Niemand hat vorausgesehen, dass der deutsche Arbeitsmarkt - auch durch die Maßnahmen, die diese christlich-liberale Koalition seit Amtsantritt umgesetzt hat - so schnell wieder in Schwung kommt und Fahrt aufnimmt.

(Joachim Poß (SPD): Quatsch! Durch die Konjunkturpakete der Großen Koalition!)

Das ist doch Ihr Dilemma. Sie hätten es gern, dass diese Regierung keinen Erfolg hat. Sie hätten es gern, dass unsere wachstumsgeleitete Politik - die Sie ja bekämpft haben; ich erinnere mich an all das, was Sie im Herbst zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz gesagt haben - keine entsprechenden Wirkungen hat. Jetzt trägt diese Politik Früchte. Jetzt gibt es wieder Wachstum in Deutschland. Jetzt stabilisieren wir den Arbeitsmarkt.

Dort werden wir weitermachen: durch Steuererleichterung, durch Steuervereinfachung, durch verantwortbare Konsolidierung. Wir werden zeigen, dass sich alles das zum Wohle der Menschen in unserem Land verantwortungsbewusst zur Deckung bringen lassen wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Nicolette Kressl (SPD):  
Sie glauben das aber nicht wirklich selbst!)